

Max Haller, Franz Heschl

„Der Staat sollte einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will ...“

Einstellungen zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen in 24 Ländern

Abstract

In diesem Beitrag wird anhand des International Social Survey Programme (ISSP) 1995/96 ein Vergleich der Einstellungen der Bevölkerungen in 24 Ländern zu verschiedenen Aspekten der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik durchgeführt. Ausgehend von einer Klassifizierung der verglichenen Staaten in 6 Typen von Arbeitsmarktsystemen wird zunächst dargestellt, welche Relevanz der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen verschiedener Politikbereiche zukommt. Sodann werden die Unterschiede in den Einstellungen zwischen und innerhalb der sechs Typen von Arbeitsmarktsystemen beschrieben. Schließlich wird durch eine multivariate Analyse untersucht, welche individuellen und makrostrukturellen Merkmale zur Herausbildung dieser Einstellungen beitragen. Es scheint weniger auf die Zustimmung oder Ablehnung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen an sich anzukommen, wenn es um die Erfolge in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht geht, als vielmehr um die Konsistenz eines Beschäftigungssystems insgesamt, der damit verbundenen politischen Ziele wie auch der Einstellungen der Bevölkerung.

1 Einleitung und Übersicht

Diskussionen um die Effizienz und Sinnhaftigkeit arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen zählen seit vielen Jahren zum „Standardrepertoire“ öffentlicher Auseinandersetzungen um die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Immer wieder ging es hierbei auch darum, welche Maßnahmen aus einer breiten Palette der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik von den Bürgerinnen und Bürgern verschiedenster Staaten „mehrheitlich“ gewünscht oder abgelehnt werden.

An diesem Aspekt schließt der vorliegende Beitrag an. Seine Zielsetzung liegt darin, die Wertorientierungen und Einstellungen der Bevölkerungen zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Fragestellungen in 24 ausgewählten Ländern zu untersuchen. Die Frage der Akzeptanz beschäftigungspolitischer Maßnahmen in der Bevölkerung ist aus mehreren Gründen wichtig. Zum ersten lassen Parteien und Regierungen heute regelmäßig die Meinungen über die politischen Prioritäten der Bevölkerung erheben, und sie müssen diese, schon aus wahltaktischen Eigeninteressen, bis zu einem gewissen Grad auch berücksichtigen. Zum zweiten ist aus sozialpolitischer Sicht von Interesse, welche sozialen Gruppen bzw. welche Bevölkerungen in unterschiedlichen Ländern solche Maßnahmen am deutlichsten befürworten. Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist ja keineswegs gleichverteilt, sondern trifft bestimmte

Gruppen in besonders starkem Maße. Zum dritten ist zu vermuten, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die vielfach ja nur Anreize, aber nicht direkt Arbeitsplätze schaffen können, nur dann die gewünschten Effekte haben werden, wenn sie von den großen und einflussreichen Gruppen und Akteuren einer Gesellschaft akzeptiert werden. Zu den für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wesentlichen strukturellen Umschichtungen zählt vor allem der Umstand, dass die Arbeitslosigkeit in vielen fortgeschrittenen Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegen ist. Auch die mit Arbeit zusammenhängende Armut (Stichwort: Working Poor) hat mehr oder weniger stark zugenommen.

Im folgenden ersten Teil geht es um einen internationalen Vergleich der Einstellungen der Bevölkerung zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Im zweiten Abschnitt werden einige zentrale Entwicklungstendenzen und Strukturmerkmale der Arbeitsmärkte der verglichenen Länder skizziert und erste Hinweise auf potentielle Rahmenbedingungen von Einstellungen zu Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegeben. Daraus werden dann einige Forschungsthesen abgeleitet. Im dritten Abschnitt wird die empirische Grundlage dieser Analyse dargestellt. In Abschnitt vier wird die Bedeutung arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen im Gesamtkontext der Einstellungen zur Wirtschaftspolitik diskutiert, in Abschnitt fünf einige zentrale Determinanten dieser Einstellungen herausgearbeitet. Im abschließenden Teil wird die Haltbarkeit der in Abschnitt zwei aufgestellten Forschungsthesen thematisiert sowie die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst.

2 Zentrale Hypothesen

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik umfasst eine Fülle unterschiedlichster Maßnahmen und Aktivitäten, die grundsätzlich dem Ziel einer Erhöhung der Beschäftigung bzw. einer Senkung der Arbeitslosigkeit dienen sollen. Generell steht bei all diesen Bestrebungen also deren „Beschäftigungswirksamkeit“ im Mittelpunkt. Dabei dient gesamtwirtschaftlich orientierte Beschäftigungspolitik der Anhebung des Arbeitsvolumens – in erster Linie durch eine Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitskräftenachfrage –, „während Arbeitsmarktpolitik auf eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zielt“ (Bogai 1998; Schmid 2002, 364f.).

Tab. 1: Arbeitsmarkttypologie und Zuordnung der 24 in die Untersuchung einbezogenen Staaten

	Arbeitsmarkttyp	Länder
Ländergruppe I	konservativ-liberalistisch	Großbritannien, USA, Kanada, Neuseeland, Australien
Ländergruppe II	korporatistisch	Frankreich, Deutschland, Österreich
Ländergruppe III	egalitär-inklusiv	Schweden, Norwegen
Ländergruppe IV	konservativ-korporatistisch	Spanien, Italien, Irland
Ländergruppe V	transformatorisch	Ungarn, Polen, Tschechien, Bulgarien, Lettland, Slowenien, Rußland
Ländergruppe VI	sonstige	Japan, Philippinen, Israel, Zypern

Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen sind immer im Zusammenhang struktureller Gegebenheiten zu sehen: Einerseits im generellen „Politikzusammenhang“ eines Landes; hier gilt, dass sie eng verschränkt sind mit anderen Instrumenten und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik. Andererseits stehen sie in engem Bezug zu den Strukturmerkmalen der jeweiligen Arbeitsmärkte. In dieser Hinsicht sollen in die Analyse 24 Länder entlang von spezifischen Strukturmerkmalen ihres jeweiligen Arbeitsmarktes in Gruppen eingeteilt werden. (Tabelle 1) Den Ausgangspunkt dieser Einteilung bildet eine einfache Typologie von Arbeitsmärkten, die wir im Anschluss an eine Reihe internationaler Vergleiche von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssystemen (Haller/Müller 1983; Therborn 1985; Fassmann/Meusburger 1997; Winkler-Büttner 1997; Mesch 1999; Jochem 1999; Schmidt u. a. 2001; Heidenreich 2000; van Suntum/Schlotböller 2002) und von Wohlfahrtsstaaten und deren Politiken (Schmidt 1982; Esping-Andersen 1990; Lessenich/Ostner 1998; Europäische Kommission 1999) entwickelt haben.

Die erste Staatengruppe enthält Staaten mit einem stark liberalisierten Arbeitsmarkt. Neben Großbritannien werden dazu die USA, Kanada, Neuseeland und Australien gezählt. Diese Staaten sind stark von wettbewerbsorientiertem Denken geprägt, sie weisen einen niedrigen Staatsanteil am Sozialprodukt, eine geringe Regulierungsintensität ihrer Arbeitsmärkte und generell ein hohes Maß von Vertragsfreiheit und Privatwirtschaft auf (van Suntum/Schlotböller 2002, 531). Diese Prioritäten erwiesen sich, zumindest in den vergangenen Jahrzehnten, als durchaus erfolgreich. Diese Staaten haben heute überwiegend niedrige Arbeitslosenquoten, und ein niedriges Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit.

Der Staat hat in diesen Ländern einen geringen Einfluss bei der Regulation der Arbeitsmärkte, wie im Bereich der sozialen Sphäre insgesamt. Auch die Bedeutung der Gewerkschaften ist eher gering, die Lohnspreizung hoch, der Kündigungsschutz wenig ausgeprägt, und die Flexibilität des Arbeitsmarktes hoch (Werner 1999). Der Familie, privaten Assoziationen und lokalen Behörden kommen viele Funktionen zu, die in anderen Ländern staatliche Institutionen übernommen haben.

Hohe Beschäftigung, aber auch hohe soziale Risiken kennzeichnen dieses „konservativ-liberalistische“ Arbeitsmarktmodell. Das niedrige Sicherungsniveau führt dazu, dass der Einzelne schon aus eigenem Interesse Leistung erbringen und sich im Falle der Arbeitslosigkeit rasch wieder um einen neuen Job bemühen wird. (van Suntum/Schlotböller 2002, 533)

Als Staaten mit einem korporatistisch organisierten Arbeitsmarkt kann man Frankreich, Deutschland und Österreich bezeichnen. Wesentliches Kennzeichen dieser Staaten ist ein starker Einfluss von intermediären Organisationen wie Gewerkschaften, Berufs- und Unternehmerverbänden, einer zünftischen Verfassung von Handwerk und Gewerbe und einer paternalistischen Einstellung der Bevölkerung zum Staat. Gewerkschaften und Industriellenvereinigungen bestimmen in oft langwierigen Verhandlungen die Höhe der Löhne und schließen autonom Kollektivverträge ab. Der Arbeitsmarkt stellt ein hochgradig reguliertes System dar. Das hohe Ausmaß an Regulation verhindert jedoch die rasche Anpassung an geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Frankreich und Deutschland, auf niedrigerem Niveau auch Österreich, stehen heute vor historisch markant hohen Arbeitslosenzahlen, und sie können traditionelle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Nachfrigestimulierung (im keynesianischen Sinne) angesichts der hohen öffentlichen Verschuldung nicht mehr implementieren (Fassmann/Meusburger 1997, 237 f).

In einer dritten Ländergruppe fassen wir Norwegen und Schweden zusammen. Diese können als typische Vertreter eines egalitär-inklusiven Arbeitsmarktmodells gelten, dessen

Ziel letztlich darin liegt, den Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft zu reduzieren und Arbeit sowie ökonomische Sicherheit und Unabhängigkeit als soziales Grundrecht jedes einzelnen zu institutionalisieren (Esping-Andersen 1990). Diese Staaten „haben ein institutionelles und universalistisches Wohlfahrtssystem geschaffen, das eine breite Palette von Infrastrukturleistungen bereitstellt, die als bürgerliche Rechte beansprucht werden. Gleichbehandlung und Gleichberechtigung, insbesondere von Frauen, waren wesentliche Ziele der Sozialpolitik, hohe Erwerbsquoten von Frauen die Folge“ (Fassmann/Meusburger 1997, 238).

In den letzten Jahren hat sich die arbeitsmarktpolitische Situation in diesen beiden Ländern entscheidend verändert. Dies gilt insbesondere für Schweden, das sich hinsichtlich seiner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als internationaler Vorreiter verstand (Meidner/Hedborg 1985; Esping-Andersen 1990), jedoch Anfang der neunziger Jahre einen massiven wirtschaftlichen Einbruch erlebte. Die Arbeitslosigkeit ist zwischen 1980 und 1992 von 2 auf 8% gestiegen, die Erwerbsquote bei Männern massiv gesunken. Aufgrund dieser Entwicklungen wurden starke Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik vorgenommen; das derzeit bestehende Schutzniveau ist jedoch nach wie vor eines der höchsten in Europa. Die Arbeitsmarktpolitik wurde „konsequent auf ein System des Förderns und Forderns umgestellt. Knallharte Zumutbarkeitsbestimmungen, aktive Wiedereingliederung von Arbeitslosen anstelle der Frühverrentung und des Parkens in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Wettbewerb in der Arbeitsvermittlung etc. ... sind ... vielfach längst Realität“ (van Suntum/Schlotböller 2002, 532). Diese Maßnahmen hatten auch Erfolg; so konnte z.B. die Langzeitarbeitslosigkeit stark gesenkt werden.

In einer vierten Gruppe fassen wir mit Italien, Spanien und Irland drei Länder zusammen, die sich erst in der Nachkriegszeit industrialisiert und die – wie Spanien und Italien – hohe interne regionale Disparitäten aufweisen und auch deshalb durch hohe Quoten der Arbeitslosigkeit charakterisiert sind. Neben dem unzureichenden Arbeitsplatzangebot hängt es sicherlich auch mit der Dominanz des Katholizismus in diesen Ländern zusammen, dass in ihnen eine eher patriarchalische Familienverfassung dominiert und die weibliche Erwerbsquote relativ gering ist (Haller/Höllinger/Gomilshak 1999). Es gibt allerdings auch in diesen Ländern große einflussreiche Gewerkschaften (in diesem Fall jedoch gespalten nach ideologisch-politischen Linien), einen relativ starken Staatssektor und eine vielfältige, oft intransparente Verflechtung zwischen Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und Staat. Wir bezeichnen diesen Typus daher als konservativ-korporatistisch.

Die Einordnung Irlands hinsichtlich des Arbeitsmarktes in diese Gruppe ist sicherlich nicht unumstritten. Irland weist ein eher niedriges Regulierungsniveau am Arbeitsmarkt (Winkler-Büttner 1997) und relativ hohe Arbeitsmarktflexibilität auf. Zudem war die Arbeitslosenquote noch sehr hoch; sie entsprach ungefähr dem Niveau Spaniens und Italiens. Heute ist sie eher niedrig und das Ausgabenniveau für Arbeitsmarktpolitik sehr hoch (Bogai 1998, 848).

Die fünfte Ländergruppe umfasst die Transformationsgesellschaften des ehemals kommunistischen Ostblockes. Dazu zählen in unserer Stichprobe Ungarn, Polen, Tschechien, die Slowakei, Bulgarien, Lettland, Slowenien und Russland. Diese in sich zwar heterogenen Länder wiesen für nahezu ein halbes Jahrhundert (Russland sogar durch 70 Jahre) eine völlig andere Arbeitsmarktstruktur auf als westlich-kapitalistische Länder (vgl. dazu u.a. von Beyme 1975; Lane 1990; Lewada 1992). Der Übergang vom staatssozialistischen System von Vollbeschäftigung und garantiertem Arbeitsplatz für jeden zu einem offenen Arbeitsmarkt sowie dem damit verbundenen Phänomen der Arbeitslosigkeit stellte eine neue Erfahrung für

sie alle dar; verbunden waren damit auch häufig gravierende soziale Einbußen (von Beyme 1994; Offe 1994; Clarke 1999; Gerber 2002; Vecernik/Wörgötter 1999; Haller/Hadler 2002).

In den ersten Jahren des Überganges zur Marktwirtschaft kam es zu großen Turbulenzen am Arbeitsmarkt und einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen erwiesen sich viele Unternehmen nur als eingeschränkt oder gar nicht überlebensfähig. Dadurch entstand ein ständiger Druck auf den Arbeitsmarkt durch Betriebsstilllegungen, Rationalisierungen und industrielle Restrukturierungen. Die Mobilität der Arbeitskräfte ist relativ gering. Die Qualifikationsanforderungen am Arbeitsmarkt haben sich radikal verändert. Ebenso ist eine drastische Veränderung der Einkommensverteilung in diesen Ländern hin zu einer größeren Ungleichheit zu bemerken (Gerber/Hout 1995).

Aufgrund dieser Problemlagen haben die Transformationsländer mit dem Aufbau sowohl passiver als auch aktiver Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik begonnen. Es bestehen jedoch nach wie vor große Schwierigkeiten bei ihrer Etablierung. Zum einen fehlen die institutionellen Voraussetzungen und die budgetären Mittel, zum anderen sind die Ausstattung der Arbeitsämter und die Ausbildung des Personals völlig unzureichend. (Vecernik/Wörgötter 1999, 501 f)

Die letzte Staatengruppe in der vorliegenden Untersuchung – Japan, die Philippinen, Israel und Zypern – ist nur eine Restgruppe. Ihre Arbeitsmarktsysteme sind sehr unterschiedlich. Am ehesten zulässig wäre es wahrscheinlich noch, Japan in die Gruppe der korporatistischen Staaten (Frankreich, Deutschland, Österreich) einzuordnen, da auch der japanische Arbeitsmarkt durch ein hohes Ausmaß an Regulierung durch staatliche Eingriffe und durch zahlreiche Abkommen zwischen den Sozialpartnern gekennzeichnet ist (vgl. *con_sens* 2002). Für die drei weiteren Länder in dieser Gruppe – Philippinen, Israel und Zypern – sind sicherlich der z.T. erhebliche Entwicklungsrückstand gegenüber Westeuropa/Nordamerika bzw. innenpolitische Probleme anderer Art (im Falle Israels die enormen Militärausgaben) von großer Bedeutung für die Strukturprobleme des Arbeitsmarkts. Auf Grund der starken Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern verbieten sich hier jedoch generalisierende Aussagen.

Auf der Basis dieser Überlegungen werden nun unsere zentralen Arbeitshypothesen vorgestellt. Die ersten vier beziehen sich auf die Makroebene, auf die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Einstellungen, die weiteren auf individuelle Merkmale der befragten Personen.

2.1 Hypothese 1: Gesamtwirtschaftliches Entwicklungsniveau

In hochentwickelten, wohlhabenden Gesellschaften ist die Zustimmung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen grundsätzlich höher als in weniger entwickelten Staaten. Diese Hypothese beruht auf zwei Überlegungen. Zum einen sind entwickelte Gesellschaften grundsätzlich „reicher“, es steht eine entsprechend größere Menge an Ressourcen für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zur Verfügung. Zum anderen sind große Bevölkerungsgruppen in der Lage, wegen des besser entwickelten Angebotes an Erwerbsmöglichkeiten, selbst für ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Dies wird in hoch entwickelten Gesellschaften auch eher erwartet, insbesondere von Frauen, da die Hausfrauenrolle immer weniger anerkannt wird. Schließlich haben höher entwickelte und „reiche“ Gesellschaften Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auch nötiger, da Arbeitslosigkeit gravierendere Folgen für den Einzelnen hat (Marsh/Alvaro 1990).

2.2 Hypothese 2: Arbeitsmarktsituation – „Arbeitslosigkeitstradition“

In Ländern mit traditionell hoher Arbeitslosigkeit („Arbeitslosigkeitstradition“) sind weite Teile der Bevölkerung auf die Leistungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik angewiesen. In diesen Ländern wird die Akzeptanz derartiger Leistungen daher höher sein (Reßler 2002, 209 ff). Allerdings ist einschränkend zu bedenken, dass bei lange anhaltender hoher Arbeitslosigkeit die Effizienz der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik von der Bevölkerung wahrscheinlich nicht als sehr hoch eingeschätzt wird, was eher einen gegenteiligen Effekt erzeugen würde.

2.3 Hypothese 3: Wohlfahrtsstaatliche Tradition

In entwickelten Wohlfahrtsstaaten sind institutionalisierte und universalistische, öffentlich-staatliche Regulierungen und Maßnahmen entwickelt worden, welche eine breite Palette von Leistungen zur Abfederung von individuellen Lebensrisiken anbieten. Diese Systeme wurden auch als Instrumente des sozialen Ausgleichs und der vertikalen sozialen Umverteilung konzipiert und eingesetzt. In den skandinavischen Ländern, aber auch in kleineren kontinental-europäischen Staaten mit starkem sozialdemokratischem Einfluss (Niederlande, Dänemark, Österreich), werden deren Leistungen mittlerweile als Teil der bürgerlichen Rechte interpretiert (Fassmann/Meusburger 1997, 58 ff; Karl u.a. 1998; Auer 2002). Man kann also argumentieren, dass in entwickelten Wohlfahrtsstaaten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen inzwischen zu einer Art „Selbstverständlichkeit“ geworden sind. Die Akzeptanz von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sollte daher höher sein als in Ländern mit einer schwächeren wohlfahrtsstaatlichen Tradition.

2.4 Hypothese 4: Dominante religiöse Tradition

Eine Dimension, die für das Selbstverständnis der Menschen in modernen Nationalstaaten eine wesentliche Rolle spielt, ist die religiös-kirchliche Tradition eines Landes. In einer Reihe von Studien konnte gezeigt werden, dass der religiöse Hintergrund eines Landes auch heute noch für Einstellungen in anderen Lebensbereichen, wie Ehe und Familie, Arbeit und Beruf, bis hin zu politischen Einstellungen von großer Bedeutung ist (Höllinger 1996). Dabei ist im internationalen Vergleich die individuelle religiöse Überzeugung oder kirchliche Zugehörigkeit der Einzelnen oft weniger ausschlaggebend als die historisch dominante Religion eines Landes. Diese prägt der Kultur und Gesellschaft eines Landes und damit auch den individuellen Einstellungen offensichtlich einen deutlichen Stempel auf. Dies erklärt auch, warum die Bevölkerung von katholischen Ländern wie Österreich und Italien im internationalen Vergleich zu den entschiedensten Befürwortern von Umverteilung durch den Sozialstaat gehört. Hier wirkt sich offenkundig die katholische Soziallehre aus, die eine eindeutige Verantwortlichkeit der Gesellschaft für ihre schwachen Mitglieder sieht. In den zentralen Werken der katholischen Soziallehre wird auch die Bedeutung der Arbeit und die gesellschaftliche und politische Verantwortung dafür betont. Die Enzyklika *Rerum „Pacem in terris“* von Johannes XXIII spricht von einem „Recht auf Arbeit“ und „*Laborum exercens*“ von Johannes Paul II (1981) schreibt dem Staat explizit die Aufgabe zu, gemeinsam mit den Unternehmern Wege zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit zu suchen (von Nell-Breuning 1983, 35 ff, 105, 253 f; Troeltsch 1977).

In den protestantischen Ländern waren es vor allem die freikirchlichen Sekten und reformierten Strömungen des Protestantismus, die gemeinschaftliche Selbsthilfe und eine

klare Trennung von Staat und Kirche entwickelt haben (Manow 2002). Dagegen erfolgte in Ländern mit einer Lutherischen Staatskirche (Skandinavien, Deutschland) eine frühe Übernahme staatlicher Verantwortung für sozialpolitische Anliegen. Wenngleich die Bedeutung der Religionsgemeinschaften und der religiösen Normen im alltäglichen Leben heute stark zurückgegangen ist, wirken diese grundlegenden Haltungen immer noch nach (Höllinger 1996).

Beschäftigungspolitische Instrumente entsprechen von ihrem Grundcharakter her eher den Grundsätzen der katholischen Soziallehre als dem stärker individualistischen Arbeitsethos der freikirchlichen protestantischen Kirchen. In den katholisch geprägten Ländern müsste ihre Befürwortung daher höher sein als in den anderen Ländern.

Die folgenden Hypothesen beschäftigen sich mit individuellen Merkmalen der Befragten als Determinanten ihrer Einstellungen.

2.5 Hypothese 5: Klassen- bzw. schichtspezifische soziale Lage

Auch die Wahrnehmung und Bewertung arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen durch Individuen und soziale Gruppen hängt von deren relativ privilegierter oder benachteiligter sozialer Lage ab (Haller u.a. 1995). Angehörige höherer sozialer Schichten und Klassen, Menschen in einflussreichen Berufspositionen oder mit höherem Einkommen, sind weniger auf arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen angewiesen als Personen mit geringerem Einkommen und weniger qualifizierten Berufspositionen, deren Risiko, arbeitslos zu werden, immer noch viel höher ist.

Daraus lassen sich für den weiteren Verlauf der Untersuchung folgende Subthesen hinsichtlich des Zusammenhangs von individuellen Prädispositionen Einzelner und deren Haltung zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ableiten:

Hypothese 5 a): Menschen in niedrigeren Einkommenskategorien befürworten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen stärker als Besserverdienende.

Hypothese 5 b): Das Risiko einer Arbeitslosigkeit für höher Gebildete ist immer noch geringer als für weniger gut Ausgebildete. Daraus lässt sich ableiten, dass Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik stärker befürworten werden als besser gebildete Personen.

Hypothese 5 c): Aufgrund des Umverteilungscharakters der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik befürworten Angehörige der unteren und vielleicht auch der mittleren Schichten diese Maßnahmen stärker als die Mitglieder der Oberschicht.

2.6 Hypothese 6: Politische Einstellung

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat einen Umverteilungseffekt und ist tendenziell weniger mit individualistischen als mit solidarischen Gesellschaftsentwürfen in Einklang zu bringen. Diesen Grundhaltungen entsprechen - zumindest idealtypisch - auch die einschlägigen Positionen unterschiedlicher politischer Parteien. „Von christdemokratischen und liberalen Parteien wird eine Aufwertung der individuellen, privaten Vorsorge zusammen mit der Forderung nach Leistungsgerechtigkeit ventiliert. Sozialdemokratische Parteien treten demgegenüber für den Ausbau von Grundsicherungselementen im Rahmen der bestehenden sozialen Sicherungssysteme ein“ (Talos 1994, 38). Es ist daher davon auszugehen, dass Personen, welche sich im herkömmlichen Spektrum politischer Überzeugungen als eher links einschätzen, Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik stärker akzeptieren als

Personen, die sich der Mitte oder dem rechten Lager zuordnen.

3 Empirische Grundlage (Stichproben und Fragen)

Die empirische Grundlage der folgenden Analysen bietet die Erhebung „Role of Government III“, welche 1995/96 im Rahmen des International Social Survey-Programme (ISSP) weltweit in 24 Ländern durchgeführt wurde.¹ Das ISSP-Projekt ist eine seit 1984/85 bestehende, kontinuierliche Kooperation zwischen renommierten universitären und außeruniversitären Sozialforschungsinstitutionen. Sein Ziel besteht darin, durch die Entwicklung und Erhebung einer international strikt vergleichbaren, jährlichen Kurzumfrage zu variierenden Themen (die im Abstand von fünf bis sieben Jahren jeweils wiederholt werden) verlässliche und hochwertige Datensätze zum Wandel von Wertorientierungen in den beteiligten Nationen zu gewinnen.

An dieser Befragung zur Rolle von Staat und Regierung haben insgesamt 24 Staaten teilgenommen. Die Stichprobengrößen in den teilnehmenden Staaten liegen zwischen ca. 1.000 und 2.000 Personen, der gesamte Stichprobenumfang beträgt 26.676 Personen (Tabelle 3).

In der Erhebung wurden zahlreiche Fragen zu unterschiedlichen Aspekten und Kontexten der Regierungstätigkeit gestellt. Für den hier vorliegenden Beitrag hinsichtlich der Einstellungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wurden drei davon herangezogen. Die erste Frage bezog sich auf unterschiedliche *wirtschaftspolitische Maßnahmen* des Staates; sie lautete²:

„Hier ist eine Reihe von Möglichkeiten, was die Regierung für die wirtschaftliche Lage tun kann. Geben sie bitte jeweils an, inwieweit sie die folgenden Maßnahmen befürworten oder ablehnen.“

Dazu wurden acht Aussagen (Items) in Form von Likert-Skalen mit jeweils fünf Antwortkategorien von „befürworte ich stark“, „befürworte ich etwas“, „weder Befürwortung noch Ablehnung“, „lehne ich etwas ab“ bis „lehne ich stark ab“, gebildet. Die acht Items lauteten:

„a) Gesetzliche Kontrolle der Löhne und Gehälter, b) Gesetzliche Kontrolle der Preise, c) Kürzungen der Staatsausgaben, d) Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen, e) Weniger gesetzliche Vorschriften für Handel und Industrie, f) Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung von neuen Produkten und Technologien, g) Unterstützung von niedergehenden Industriezweigen, um Arbeitsplätze zu sichern, h) Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen“

Die zweite Frage bezog sich auf die *Befürwortung von mehr oder weniger staatlichen Ausgaben*. Sie war ebenfalls als Likert-Skala mit fünf Antwortkategorien von „sehr viel mehr ausgeben“ bis „sehr viel weniger ausgeben“ gestaltet und lautete:

„Bitte geben sie nun für die folgenden Bereiche an, ob die Regierung dafür weniger oder mehr Geld ausgeben sollte. Bedenken sie dabei, dass sehr viel höhere Ausgaben auch höhere Steuern erfordern können.“

Die angegebenen Bereiche waren:

1 Eine neuerliche Replikation dieses Moduls ist erst für 2006 geplant.

2 Die Items d, g, und h aus Frage 1 wurden in Österreich nicht abgefragt, Item g aus Frage 2 nicht auf den Philippinen. Wenn im Verlauf dieses Beitrages also Überlegungen hinsichtlich dieser Variablen angestellt werden, beziehen sich diese immer auf alle Länder des Befragungssamples mit Ausnahme – je nach Fragestellung – Österreichs und der Philippinen.

- a) Umweltschutz, b) Gesundheitswesen, c) Polizei und Strafverfolgung, d) Bildungswesen, e) Verteidigung, f) Renten und Pensionen, g) Arbeitslosenunterstützung, h) Kultur und Kunst

Die dritte Frage bezog sich u. a. auf eine Reihe *sozialpolitischer Maßnahmen*; sie lautete:

„Bitte geben sie nun an, inwieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten“. Konstruiert war die Frage wiederum als Likert-Skala, diesmal mit vier Antwortkategorien von „auf jeden Fall verantwortlich sein“ über „verantwortlich sein“ zu „nicht verantwortlich sein“ bis „auf keinen Fall verantwortlich sein“.

Die Antwortmöglichkeiten lauteten:

- „a) Einen Arbeitsplatz für jeden bereit zu stellen, der arbeiten will.
 b) Die Preise unter Kontrolle zu halten.
 c) Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicher zu stellen.
 d) Den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.
 e) Der Industrie Hilfen zu gewähren, um ihr Wachstum zu sichern.
 f) Den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.
 g) Die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen.
 h) Den Studenten aus einkommensschwachen Familien finanzielle Unterstützung zu gewähren.
 i) Denjenigen, die es sich finanziell nicht leisten zu können, eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen.
 j) Durch eine strenge Gesetzgebung die Industrie zu zwingen, weniger Umweltschäden zu verursachen.“

Im folgenden Abschnitt wird zunächst untersucht, welche Einstellungen in den Bevölkerungen der jeweiligen Länder zu arbeits- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen bestehen. Dann untersuchen wir jene Fragen, welche im vorigen Abschnitt anhand der Hypothesen konkretisiert wurden.

4 Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen im Gesamtkontext der Einstellungen zur Wirtschaftspolitik

In einem ersten Schritt interessiert uns, welche Rolle arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen im Gesamtzusammenhang der Einstellungen zur Wirtschaftspolitik spielen.

Tabelle 2 zeigt die generelle Einschätzung arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen im Kontext aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die höchste Zustimmung (jeweils 90 % und mehr) finden Maßnahmen zur Unterstützung von kranken und älteren Menschen, zur Begrenzung von Umweltschäden und zur Unterstützung von Studenten aus einkommensschwachen Familien. Erst im Mittelfeld – auf den Rängen 8, 11 und 13 – finden sich arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen (diese werden durch Fettdruck hervorgehoben). Nahezu am Ende dieser Rangliste finden sich die Arbeitszeitverkürzung und der Wunsch nach mehr Staatsausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Weniger Zustimmung finden nur noch höhere Staatsausgaben für Kultur und Kunst und für Verteidigung. Auffallend sind auch Widersprüche in den Einstellungen; so wird die Maßnahme, den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern (Nr. 11 in Tabelle 2), in doppelt so hohem Ausmaß (76,8 %) befürwortet wie die Maßnahme „mehr Staatsausgaben für Arbeitslosenunterstützung“ (24, 37,5 %).

Um trotz der Vielzahl der abgefragten Items und der in die Untersuchung einbezogenen Länder zu allgemeinen Aussagen hinsichtlich der Unterschiede zwischen Ländern bzw.

Tab. 2: Die Einstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Kontext allgemeiner Einstellungen zur Wirtschaftspolitik in 24 Ländern

		Befürwortung/ mehr ausgeben	weder-noch/ bisherigen Stand der Ausgaben*	Ablehnung/ weniger ausgeben
1.	Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherstellen	96,2		3,8
2.	Angemessener Lebensstandard für alte Menschen	95,9		4,1
3.	Begrenzung von Umweltschäden	95,0		5,0
4.	Unterstützung von Studenten aus einkommensschwachen Familien	90,2		9,8
5.	Unterstützung der Industrie bei neuen Technologien	84,6	11,4	4,0
6.	Preise unter Kontrolle halten	84,6		15,4
7.	Industriewachstum fördern	84,0		16,0
8.	Beschäftigungsprogramme	83,2	11,0	5,7
9.	Angemessene Wohnung bereitstellen	82,6		17,4
10.	Mehr/weniger Geld für das Gesundheitswesen	78,4	18,6	2,9
11.	Angemessener Lebensstandard für Arbeitslose	76,8		23,2
12.	Kürzung der Staatsausgaben	74,9	14,6	10,5
13.	Arbeitsplatz für Jedermann	74,5		25,5
14.	Mehr/weniger Geld für das Bildungswesen	72,3	24,7	3,0
15.	Einkommensunterschiede abbauen	71,5		28,5
16.	Gesetzliche Kontrolle der Preise	68,4	12,6	19,0
17.	Mehr/weniger Geld für Renten und Pensionen	63,7	32,5	3,8
18.	Industrie/Arbeitsplätze	61,0	18,7	20,3
19.	Mehr/weniger Geld für Umweltschutz	58,8	35,1	6,2
20.	Mehr/weniger Geld für Polizei und Strafverfolgung	55,0	36,3	8,7
21.	Gesetzliche Kontrolle der Löhne und Gehälter	50,4	17,9	31,7
22.	Weniger Vorschriften für Handel und Industrie	50,3	28,5	21,2
23.	Arbeitszeitverkürzung	54,4	23,1	31,2
24.	Mehr/weniger Geld für Arbeitslosenunterstützung	37,5	41,6	20,9
25.	Mehr/weniger Geld für Kultur und Kunst	33,1	41,2	25,7
26.	Mehr/weniger Geld für Verteidigung	27,8	33,9	38,3

* Bei einigen Fragen standen diese Antwortmöglichkeiten nicht zur Verfügung.
Fettgedruckt: Aussagen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Ländergruppen zu kommen, wurde folgende Vorgangsweise gewählt: Die Rangzahlen für die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen aus Tabelle 2 wurden für alle Länder addiert. Die summierte durchschnittliche Rangzahl arbeitsmarkt- und beschäftigungs-

politischer Maßnahmen aus Tabelle 2 beträgt 97. Werte, welche wesentlich darunter bzw. darüber liegen, bedeuten, dass die Befragten in dem jeweiligen Land arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Gesamtzusammenhang der Wirtschaftspolitik eine über- bzw. unterproportionale Bedeutung beimessen.

Die relativ größte Bedeutung (mit Werten von unter 90) besitzt die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik demnach bei Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland und in Norwegen, gefolgt von Schweden, Spanien und Italien (mit Werten von 110 und

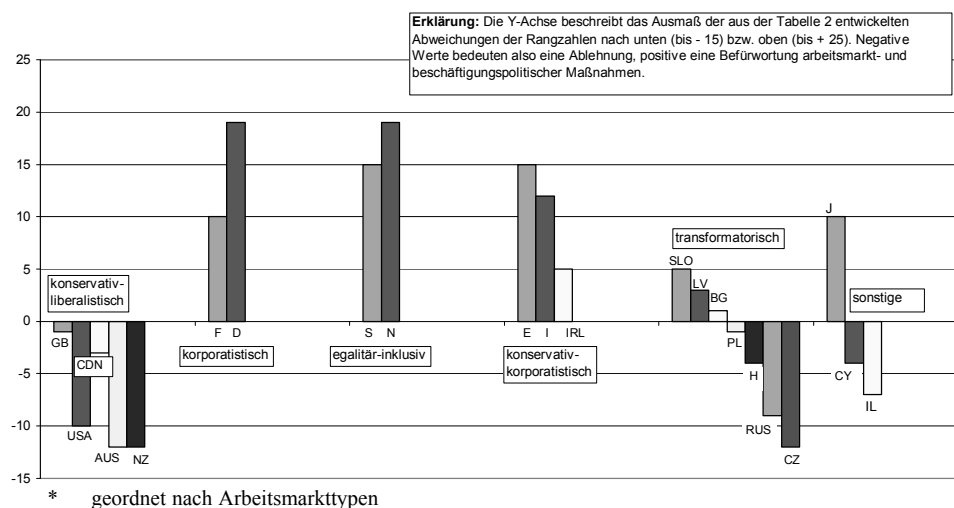
Tab. 3: "Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen" - Rangordnung der in die Untersuchung einbezogenen Staaten (niedrig=positive, hoch=negative Einstellung)

	Land	Mittelwert	Standardabweichung	N
1.	Spanien	7,74	1,65	1987
2.	Slowenien	8,16	1,90	919
3.	Zypern	8,21	1,79	877
4.	Italien	8,23	2,22	998
5.	Israel	8,27	2,09	1453
6.	Irland	8,33	1,93	946
7.	Polen	8,45	2,10	787
8.	Deutschland	8,49	2,10	3100
9.	Bulgarien	8,58	2,09	926
10.	Japan	8,70	1,89	723
11.	Russland	8,76	2,02	1460
12.	Schweden	8,87	2,47	1069
13.	Norwegen	8,90	2,02	1197
14.	Lettland	8,94	1,98	1099
15.	Großbritannien	8,94	2,17	843
16.	Ungarn	9,17	2,11	1332
17.	Frankreich	9,20	2,62	1142
18.	Kanada	10,41	2,58	1019
19.	USA	10,42	2,56	1121
20.	Australien	10,47	2,32	1898
21.	Tschechien	10,62	2,42	847
22.	Neuseeland	11,06	2,39	933
	Total	8,99	2,34	26676

Hier nicht enthalten: Österreich, Philippinen

mehr; vgl. dazu auch Tabelle 3, in der eine analoge Rangordnung der Länder nach einer anderen Maßzahl vorgenommen wurde; die Position der einzelnen Länder ist dort manchmal etwas anders). Dann folgen Japan, Frankreich und Irland. Am Ende dieser Rangliste finden sich Australien, Neuseeland und Tschechien, knapp davor Russland und die USA. Übersichtlicher und besser interpretierbarer wird dieses Ergebnis, wenn man es im Sinne der eingangs entwickelten Arbeitstypologie zusammenfasst (vgl. Abbildung 1). Demnach messen die Befragten in den egalitär-skandinavischen Staaten arbeitsmarkt- und beschäftigungspoliti-

Abb. 1: Die Befürwortung von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Kontext allgemeiner Einstellungen zur Wirtschaftspolitik in 24 Ländern



schen Maßnahmen die größte Bedeutung zu, gefolgt von den korporatistischen Wohlfahrtsstaaten und den Staaten mit konservativ-korporatistischen Arbeitsmarktstrukturen. Die geringste Bedeutung wird diesen Maßnahmen in den Staaten mit konservativ-liberalistischem Arbeitsmarkt beigemessen, was unseren Hypothesen entspricht. Überraschend ist die Tatsache, dass den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Verhältnis zu anderen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik auch in den Transformationsländern relativ geringe Bedeutung beigemessen wird. Dies könnte entweder auf eine generelle Ablehnung staatlicher Maßnahmen zurückzuführen sein (nach einem halben Jahrhundert Staatsozialismus) oder aber auf ein geringes Vertrauen in die Effizienz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Interessant erschien in diesem Zusammenhang die Frage, ob es möglich ist, in den Einstellungen zur Wirtschaftspolitik bestimmte Einstellungsbündel festzumachen, welche jeweils spezifische Typen wirtschaftspolitischer Werthaltungen wiedergeben. Zur Beantwortung dieser Frage wurde eine Faktorenanalyse der Items in der Frage 1 durchgeführt. Die dahinter stehende Arbeitshypothese besagte, dass sich aus dieser Fragebatterie möglicherweise eine ausgeprägte „arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Orientierung“ ableiten ließe.

Das Ergebnis bestätigte diese Arbeitshypothese nur zum Teil.³ Die drei Variablen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Nr. 8, 18 und 23 bilden allein keinen gemeinsamen Faktor. Zwar finden sich diese drei Variablen auf dem ersten extrahierten Faktor, daneben aber auch die Variablen 16 und 21, bei denen es um gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Preisen geht. Dies lässt die Interpretation zu, dass es eine eigenständige „arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Orientierung“ im vorhin definierten Sinne nicht gibt. Im Folgenden wird daher mit diesen Faktoren nicht weiter gearbeitet, sondern eine andere Vorgangsweise gewählt.

³ Aus Raumgründen müssen wir hier auf eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse verzichten.

5 Determinanten der Einstellungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

In diesem Abschnitt geht es darum, erste Einsichten über die Determinanten der internationalen Differenzen in den Einstellungen zu Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu gewinnen.

Vergleicht man die Ländergruppen nach der eingangs entwickelten Arbeitsmarkttypologie, so zeigt sich, dass bei allen sechs Maßnahmen die Zustimmung in Ländern mit neoliberalen (konservativ-liberalistischem) Arbeitsmarkt mit Abstand am geringsten ist. Bei zwei Variablen (Unterstützung niedergehender Industriezweige und Arbeitszeitverkürzung) folgen (mit ebenfalls geringer Zustimmung) die Transformationsökonomien, bei weiteren zwei Variablen (Beschäftigungsprogramme und Arbeitsplatz für jeden) die Staaten mit korporatistischem Arbeitsmarkt. Am höchsten ist die Zustimmung zu drei dieser Variablen in den Staaten mit konservativ-korporatistischen Arbeitsmarktstrukturen.

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu den einzelnen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Items und dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau (hinsichtlich des Entwicklungsniveaus wurden drei Gruppen von Ländern gebildet) so zeigt sich, dass bei vier der sechs Items die Zustimmung in den am wenigsten entwickelten Staaten am stärksten ist. Die Arbeitshypothese 1 wird also kaum gestützt, eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein.

Hypothese 2 besagte, dass Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Ländern mit lange andauernder Arbeitslosigkeit eher befürwortet werden. Diese These wird durch die bivariate Analyse eindrucksvoll bestätigt. Bei jeder der abgefragten Variablen steigt das Ausmaß der Zustimmung in den Staatengruppen mit höherer Arbeitslosigkeit markant an.

Zur Untersuchung des Zusammenhanges zwischen den Einstellungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und dem wohlfahrtsstaatlichen Niveau eines Landes wurden die untersuchten Länder hinsichtlich der Sozialquote in drei Gruppen geteilt. Die Ergebnisse bei zwei Variablen (Arbeitszeitverkürzung und angemessener Lebensstandard für Arbeitslose) entsprechen These 3, wonach die Zustimmung in gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten höher sein sollte. Bei zwei anderen Variablen (Unterstützung für niedergehende Industrien und Arbeitsplatz für jeden) ist die Zustimmung in Staaten mit niedriger Sozialquote zwar am geringsten, in der Ländergruppe mit mittlerer Sozialquote allerdings höher als in der Gruppe mit der höchsten Sozialquote. Bei zwei weiteren Variablen (Beschäftigungsprogramme und mehr für Arbeitslosenunterstützung) ist unsere ursprüngliche These nicht zu halten. In beiden Fällen ist die Zustimmung zu den abgefragten Maßnahmen in Staaten mit niedrigerer Sozialquote höher als in Staaten mit hoher Sozialquote.

Der Zusammenhang zwischen der dominanten Religion eines Landes und den Einstellungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zeigt, dass die Zustimmung bei vier der sechs abgefragten Items in den katholisch geprägten Ländern am stärksten ist; bei einem Item (angemessener Lebensstandard für Arbeitslose) ist sie in den protestantischen Ländern am höchsten.

Die isolierte Betrachtung der einzelnen Items zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Fragen bringt zwar anschauliche Ergebnisse, lässt allgemeinere Aussagen allerdings nicht zu. Um zu derartigen Aussagen zu kommen, wird im Folgenden aus den bislang verwendeten sechs Variablen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik⁴ durch einfache

4 Die Variablen Nr. 8, 11, 13, 18, 23, 24 in Tabelle 1.

Aufsummierung eine neue Variable „Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen“ berechnet; sie hat die Ausprägungen von 6 bis 28. Eine Überprüfung der Reliabilität dieser Skala ergab einen akzeptablen Wert (Cronbach's Alpha = .65).

In Tabelle 3 sind die in die Untersuchung einbezogenen Staaten hinsichtlich des jeweiligen arithmetischen Mittelwertes dieser Ausprägungen – auf der Skala von 6 bis 28 – gereiht. Es zeigt sich, dass die Gesamteinstellung zum untersuchten Politikbereich in Spanien am stärksten zustimmend ist, gefolgt von Slowenien, Zypern und Italien. Die relativ geringste Zustimmung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen herrscht in Neuseeland, Tschechien, Australien, den USA und Kanada.

Zur Erlangung einer besseren Übersichtlichkeit sind in Tabelle 4 die jeweiligen Mittelwerte in den Ländergruppen bzw. Arbeitsmarkttypen dargestellt. Es zeigt sich dabei in erster Linie ein großer Unterschied in den Einstellungen zwischen Ländern des liberalistischen Arbeitsmarkttypus und allen anderen. Die stärkste Befürwortung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik findet sich in den Ländern mit konservativ-korporatistischem Arbeitsmarkt.

Tab. 4: "Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen" - Rangordnung nach Arbeitsmarkttypen

Arbeitsmarkttypen	Mittelwert	Standardabweichung	N
konservativ-korporatistisch	8,01	1,90	3931
sonstige	8,36	1,97	3053
korporatistisch	8,68	2,27	4242
egalitär-inklusiv	8,89	2,24	2266
transformatorisch	8,94	2,19	7370
konservativ-liberalistisch	10,32	2,48	5814
Alle Länder	8,99	2,34	26676

Abschließend soll diese erste, deskriptive Analyse der Einstellungen zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen durch eine systematische, multivariate statistische Analyse der Effekte unterschiedlichster individueller und makrosozialer Strukturmerkmale und Determinanten ergänzt werden. Dazu wurde eine multiple Regressionsanalyse durchgeführt. Einbezogen in die Regressionsanalyse wurden wiederum alle Staaten – mit Ausnahme Österreichs und der Philippinen –, in welchen die Befragung durchgeführt wurde. Die abhängige Variable ist die vorhin aus der Summe der sechs Einzelvariablen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gebildete „Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen“.⁵ Insgesamt wurden 18 unabhängige Variablen verwendet und kodiert, wie in Tabelle 5 dargestellt ist.

5 Zur Bildung der neuen Variable wurden die Werte der sechs Variablen zusammengezählt, wobei nur jene berücksichtigt wurden, bei denen alle sechs Ausprägungen gültig beantwortet worden sind. Auf Grund der einfacheren Interpretation wurde diese Variable für die Regressionsanalyse in ihrer Richtung umkodiert; hohe Werte bedeuten, dass man für, und niedrige, dass man gegen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist.

Tab. 5: Variablen der Regressionsanalyse und deren Operationalisierung

	VARIABLE	KODIERUNG
Individualebene	Geschlecht	0=weiblich 1=männlich
	Alter	1=junge, 2=mittlere, 3=ältere Befragte
	Bildung in Jahren	0 – 28 Jahre
	Interesse an Politik	1=sehr interessiert, 2=interessiert, 3=egal, 4=wenig interessiert, 5=nicht interessiert
	Subjektive Schichtzugehörigkeit	1=Unterschicht, 2=Arbeiterklasse, 3=untere Mittelschicht; 4= Mittelschicht; 5=obere Mittelschicht
	Einkommen	1=sehr niedrig, 2=niedrig, 3=mittel, 4=hoch, 5=sehr hoch
	Parteipräferenz	1=stark links, 2=links, 3=zentral, liberal, 4=rechts, 5= stark rechts
	Selbständigkeit	1=selbständig, 0=nicht selbständig
	Gewerkschaftsmitglied	1=ja, 0=nein
	Betroffen von Arbeitslosigkeit	1=ja, 0=nein
	Erwerbstätigkeit	1=ja, 0=nein
	Katholik	1=ja, 0=nein
	Protestant	1=ja, 0=nein
Makroebene	„Arbeitslosigkeitstradition“	1=niedrig, 2=mittel, 3=hoch
	Staaten nach BIP	1=niedrig, 2=mittel, 3=hoch
	Wohlfahrtsstaat	1=stark, 0=schwach
	Katholischer Staat	1=ja, 0=nein
	Protestantischer Staat	1=ja, 0=nein

Die Modellzusammenfassung der Regressionsanalyse lieferte folgendes Ergebnis: Das Bestimmtheitsmaß R-Quadrat liegt bei 0,23, das heißt die 18 unabhängigen Variablen erklären 23% der Varianz der abhängigen Variable „arbeitsmarktpolitische Einstellungen“. Die Varianzanalyse (ANOVA) bestätigte, dass das berechnete Modell für die Grundgesamtheit hoch signifikant ist. Welchen Einfluss die einzelnen unabhängigen Variablen auf die Variable „Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen“ haben, sieht man in Tabelle 6.

Fast alle 18 unabhängigen Variablen üben signifikante Effekte aus. Variablen, die einen besonders starken Einfluss auf die abhängige Variable haben, wurden durch Fettdruck markiert. Mittels des standardisierten Regressionskoeffizienten können die Einflüsse der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable miteinander verglichen werden. Es zeigt sich, dass die unabhängige Variable „Wohlfahrtsstaat“ den höchsten Wert hat und somit den

stärksten Effekt ausübt. Hat ein Staat eine stark ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Tradition, so ist man im Sinne unserer Hypothese 3 viel eher für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Tab. 6: Regressionsanalyse der „Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen“

	Unstandardisierte Koeffizienten	Standardisierter Koeffizient	
	B	Beta	T
Geschlecht	-0,33	-0,07	-8,58
Alter	-0,01	-0,02	-2,41
Bildung (in Jahren)	-0,01	-0,13	-16,30
Interesse an Politik	0,21	0,10	12,40
Subjektive Schichtzugehörigkeit	-0,16	-0,07	-9,00
Einkommen	-0,23	-0,11	-13,03
Parteipräferenz	-0,15	-0,12	-15,92
Selbständigkeit	-0,59	-0,08	-10,06
Gewerkschaftsmitglied	0,70	0,11	13,86
Betroffen von Arbeitslosigkeit	0,59	0,06	7,26
Erwerbstätigkeit	-0,33	-0,06	-6,89
Katholik	-1,08	-0,20	-20,41
Protestant	-0,71	-0,12	-13,62
„Arbeitslosigkeitstradition“	0,78	0,23	22,03
Staaten nach BIP	0,26	0,08	9,65
Wohlfahrtsstaat	0,27	0,32	32,89
Katholische Staaten	0,25	0,05	3,93
Protestantische Staaten	0,44	0,06	7,58
R	R-Quadrat	Korrigiertes R-Quadrat	Standardfehler
0,48	0,23	0,23	2,21

Fettgedruckt: Variablen mit standardisierten Regressionskoeffizienten von .20 oder mehr.

Der T-Wert ist ein Indikator für die Signifikanz ($T \geq 1,96$: 5%; $T \geq 2,58$: 1%)

Den nächsthöheren Erklärungsanteil liefert die Variable „Arbeitslosigkeitstradition“: Je höher die Arbeitslosigkeit in einem Staat, umso eher befürwortet man arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie These 2 besagte. Einen beachtlichen Erklärungsanteil ($Beta = 0,13$) liefert auch die unabhängige Variable Bildung. Das Ergebnis besagt hier, dass Menschen mit einem längeren Bildungsweg eher gegen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind, wie in These 5 b vermutet.

Die Variable „Einkommen“ hat einen Effekt von $-0,11$. Personen, welche sich in höheren Einkommenskategorien finden, haben eher eine negative Haltung gegenüber arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Auch Hypothese 5 a scheint also zuzutreffen.

Einen stark negativen Effekt hat die Variable „individuelle Religionszugehörigkeit: katholisch“. Dieser Effekt scheint unserer Hypothese 4 klar zu widersprechen, wonach die katholische Soziallehre einen positiven Einfluss auf die Einstellungen zu Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik haben sollte. Der Widerspruch löst sich jedoch auf, wenn man auch den Effekt auf der Länderebene berücksichtigt. Die Variable „katholische Staaten“ hat tatsächlich den erwarteten positiven Effekt (man sieht ihn auch im Ländervergleich, wo die Bevölkerung der katholischen Länder Südeuropas stark für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist). Wird jedoch der Ländereffekt kontrolliert, hat die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche eher einen negativen Effekt. Unter die nicht dominant katholischen Länder mit vielen Katholiken fallen Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Kanada und die USA. Nun gilt vor allem in den drei erstgenannten Ländern, dass die Katholiken heute eher den bürgerlich-konservativen, christdemokratischen Parteien nahe stehen, die grundsätzlich weniger für Staatsinterventionen sind, als ihre politischen Gegner, wie etwa die Sozialdemokraten.

Die letzte Variable mit einem relativ hohen Erklärungsanteil ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Gewerkschaftsmitglieder haben eine stark positive Einstellung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Die Variablen „Interesse an Politik“, „Staaten nach BIP“, „Katholische Staaten“, „Protestantische Staaten“ und „Betroffen von Arbeitslosigkeit“ stehen eher für eine positive Einstellung in Bezug auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Beachtenswert ist auch, dass in Staaten mit hohem Bruttoinlandsprodukt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen positiver gesehen werden als in Staaten mit niedrigerem Bruttoinlandsprodukt. Das Ergebnis der Regressionsanalyse bestätigt – im Unterschied zu den auf einfachen Korrelationen beruhenden Ergebnissen – also Hypothese 1.

Die folgenden Variablen zeigen einen niedrigeren Effekt auf die abhängige Variable „Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen“: „Geschlecht“ (Frauen sind eher für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen), „Selbständigkeit“, „subjektive Schichtzugehörigkeit“ (je höher die Schicht, desto eher ist man gegen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen), „Erwerbstätigkeit“ und „Parteipräferenz“ (je weiter rechts die Parteipräferenz, desto negativer die Einstellung in Bezug auf „arbeitsmarktpolitische Einstellungen“).

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die Fragestellung dieses Beitrages lautete, welche Einstellungen die Bevölkerung in rund zwei Dutzend Ländern zu verschiedenen Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat. Als Ausgangspunkt wurde eine Typologie von sechs Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystemen gebildet und eine Reihe von Hypothesen über individuelle und gesamtgesellschaftliche Determinanten dieser Einstellungen entwickelt.

Die Befunde zeigten zunächst, dass die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik von einer großen Mehrheit der Bevölkerung in den untersuchten Ländern als wichtig eingestuft wird, auch wenn sie nicht an der Spitze der als wichtig erachteten Staatsaufgaben steht. Beschäftigungspolitik wird nicht als völlig eigenständiger Politikbereich, sondern eher als Teil

unterschiedlicher Maßnahmen zur Regulierung von Märkten gesehen (z. B. von Lohn- und Preiskontrollen). Wir bildeten sodann aus den hierfür relevanten Items einen Index „Gesamteinstellung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen“ und untersuchten die Relevanz der in den Hypothesen postulierten Effekte mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse. Es ergab sich, dass die Befürwortung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen am stärksten beeinflusst wird durch zwei gesamtgesellschaftliche Variablen: die Stärke des Wohlfahrtsstaates und die Tradition von hoher Arbeitslosigkeit. Den Hypothesen entsprach auch der Befund, dass Personen in eher benachteiligten sozialen Schichten sowie politisch Linksorientierte eine aktive Arbeitsmarktpolitik stärker befürworten. Überraschend war jedoch, dass die individuelle Zugehörigkeit zum Katholizismus einen negativen Effekt ausübte. Dies konnte dadurch erklärt werden, dass der Effekt der katholischen Soziallehre (die ja das Recht auf Arbeit betont) praktisch voll über die für ein katholisches Land insgesamt dominierende Einstellung wirkt. In Ländern ohne katholische Dominanz (wie z.B. Deutschland) stehen die Katholiken jedoch eher bürgerlichen Parteien nahe, die grundsätzlich weniger für Staatsinterventionen sind als ihre politischen Gegner auf der Linken.

Welcher Zusammenhang ergibt sich zwischen den Einstellungen der Bevölkerung und der faktischen Beschäftigungspolitik und ihrem Erfolg? Man kann unter den von uns verglichenen sechs Typen von Ländern vier als eher erfolgreich, zwei als weniger erfolgreich bezeichnen. Klar mit Abstand am erfolgreichsten waren die zwei Ländergruppen mit ganz gegensätzlichen Arbeitsmarkttypen, nämlich die egalitär-inklusive skandinavischen und die liberalistischen angelsächsischen Staaten (hier vor allem den USA). In beiden Gruppen liegt das generelle Beschäftigungsniveau bei rund 75 bis 79 % der Personen im erwerbsfähigen Alter und die Arbeitslosigkeit teilweise nur um 5 % (Norwegen, USA), höchstens aber bei 8-10 %. Recht erfolgreich waren auch die korporatistischen Staaten, mit einer Erwerbsquote von 67 – 69 % und Arbeitslosigkeitsraten von 3 – 7 % (nur Frankreich hat mit 12 % eine deutlich höhere). Zwei Ländergruppen fallen demgegenüber deutlich ab: Zum einen die Transformationsländer Osteuropas, in denen die Erwerbsquote auf 60 – 70 % gefallen und die Arbeitslosigkeit auf 10 – 18 % (Lettland) geradezu explodiert ist (eine positive Ausnahme bildet hier Tschechien mit nur 4 % Arbeitslosigkeit im Jahre 1996). Ein eher negatives Gesamtbild ergibt sich zum anderen auch für die konservativ-korporatistischen, katholischen Länder (Süd-)Europas (niedrige Beschäftigungsquote von 57 – 62 % und hohe Arbeitslosigkeit von 12 %, in Spanien sogar 22 %). Nun wird Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in diesen beiden Ländergruppen zwar relativ stark befürwortet, keineswegs jedoch einhellig.

Diese beiden Paradoxa – scheinbar größter arbeitsmarktpolitischer Erfolg bei den gegensätzlichsten Typen von Arbeitsmarktpolitik und darauf bezogenen Einstellungen, und keineswegs ungeteilte Befürwortung einer Beschäftigungspolitik in Ländern mit großen Arbeitsmarktproblemen – lassen sich unserer Meinung nach erklären, wenn man zwei zusätzliche Überlegungen einbringt.

Wenn die Bürger eines Landes in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen die Politik ihrer Regierung voll mittragen, sind beschäftigungspolitische Erfolge viel wahrscheinlicher als wenn dies nicht der Fall ist. Diese These lässt sich durch eine Vielzahl von Beispielen belegen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die massiven Umstellungen der Beschäftigungspolitik in den Niederlanden, Dänemark und Schweden nur möglich waren und zum Ziel führten, weil Interessensvertretungen und Bevölkerung bereit waren, die damit verbundenen Abschaffungen „wohlerworbener“ sozialer Rechte und Leistungen zu akzeptieren. Sie nehmen auch in Kauf, dass staatliche Behörden und Beamte oft tief in das Privatleben der Bürger

hineinschnüffeln, was für einen Amerikaner nie zumutbar wäre. Hier kam jedoch derselbe Mechanismus, nur in anderer Form, zur Geltung: Auch die US-Amerikaner sind in ihren gesellschaftlichen Wertorientierungen, trotz der ethnisch-kulturellen Vielfalt dieses großen Landes, relativ homogen. Vor allem eint sie der Glaube an die Verpflichtung des Einzelnen, selbst für seinen Lebensunterhalt und sein Fortkommen zu sorgen sowie eine grundsätzlich Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen (Haller/Höllinger/Raubal 1990). Im Bereich von Beschäftigung und Arbeitsmarkt ist dies nicht bloße Ideologie: Im Vergleich zu Europa ist in den USA die berufliche und geographische Mobilität merklich höher, und die Dauer einer Arbeitslosigkeit viel niedriger (Haller 1989; 1997; Haller u.a. 1985; Belous u.a. 1992). Wenn eine Beschäftigung auch keineswegs immer ein ausreichendes Einkommen garantiert (wie es in Westeuropa doch weitgehend der Fall ist), hat sich der US-amerikanische Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten doch als erheblich dynamischer erwiesen als der europäische (Therborn 1985; Haller 1997; Heismann 1999:272; ILO 2000).

Auch aus negativer Sicht lässt sich die Bedeutung eines konsistenten Systems offizieller Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik inklusive der subjektiven Haltungen der Bevölkerung plausibel machen. In Ländern wie Italien und Spanien (z. T. auch Frankreich), aber zunehmend auch Osteuropa (Delhey 2002), macht es keine Mühe, Beispiele dafür zu finden, wie sozial- und arbeitsmarktpolitisch gutgemeinte Maßnahmen durch opportunistische Verhaltensweisen der Bevölkerung konterkariert werden. Dazu gehören Phänomene wie exzessive Streiks, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit, extensive Nebenbeschäftigungen öffentlich Bediensteter und weitverbreitetes Ausnutzen sozialstaatlicher Maßnahmen, wie z. B. von Frühpensionierungen aus Krankheitsgründen.⁶ Man kann hier aber auch an die osteuropäischen Transformationsländer denken, in denen große Teile der Bevölkerung den Übergang von der staatssozialistischen Versorgungsgesellschaft und -mentalität zu eigenverantwortlichen Einstellungen und Verhaltensweisen auf dem Arbeitsmarkt entweder noch nicht vollzogen haben, oder aufgrund mangelnder Ressourcen (ungenügende Ausbildung, Alter usw.) nicht mehr vollziehen können (Lewada 1992). Noch problematischer ist es in diesen Ländern, wenn wirtschaftliche und politische Eliten in der Ausnutzung von Privilegien bis hin zu klar korrupten Verhaltensweisen mit negativem Beispiel vorangehen. Anzuführen ist in diesem Zusammenhang auch die Europäische Union insgesamt. Hier ist der säkulare Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die starke Liberalisierung der Geld- und Gütermärkte bislang zu keinen entsprechenden Veränderungen oder flankierenden Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmärkte, der Lohnverhandlungen usw. geführt hat (Mesch 1999).

Eine zweite Differenzierung der bislang angestellten Überlegungen betrifft die zeitliche Perspektive. Unsere Studie, die nur einen zeitlich einmaligen „Schnappschuss“ lieferte, wäre um die zeitliche Dimension zu erweitern. In einem solchen Modell würde man von drei Annahmen ausgehen: (1) Die Einstellungen der Bevölkerung zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik stellen eine wesentliche Determinante der jeweiligen Regierungspolitik dar; die Thematik der Arbeitslosigkeit spielt heute in allen Wahlkämpfen eine zentrale Rolle. (2) Der faktische Erfolg einer Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik wird direkt und indirekt auch durch die Einstellungen der Bevölkerung mitbestimmt. Dies gilt in positiver und negativer Hinsicht. (3) Die Bevölkerungseinstellungen zu einem gegebenen Zeitpunkt sind – neben den institutionellen Rahmenbedingungen, die sich nur sehr langsam wandeln – auch

⁶ Eine diesbezügliche Überprüfung in Italien brachte kürzlich Zehntausende gesunder und vollbeschäftigter „Frühinvaliden“ zutage.

vom Erfolg oder Misserfolg der Beschäftigungspolitik in der jeweils vorhergegangenen Periode abhängig. Im Rahmen dieser erweiterten Perspektive ließe sich auch das Paradoxon erklären, warum in unterschiedlichen Ländern geradezu gegensätzliche Institutionen und Politiken in der Bevölkerung einen so starken Rückhalt haben und sich über Jahrzehnte hinweg perpetuieren (für die Transformationsprozesse in Osteuropa; vgl. Gasparini/Yadov 1989; Rudolph 1995). Für die Politik lässt sich daraus eine doppelte Folgerung ableiten: Zum einen ist nur eine entschiedene und über die Zeit hinweg konsistente Politik erfolgreich; zum anderen muss jedes Land jeweils eine spezifische, für sich optimale Kombination von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten finden (vgl. dazu auch Scharpf 1986; Belous u.a. 1992; Heismann 1999).

Literatur

- Auer, Peter (2002): Institutionelle und politische Voraussetzungen für Arbeitsmarkterfolge in Europa; in: WISO. Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift 25, H. 1, 13-43
- Belous, Richart S., Rebecca S. Hartley, Kelly L. McClenahan (Hg.) (1992): European and American Labour Markets. Different Models and Different Results. Washington D.C.: National Planning Association
- Bogai, Dieter (1998): Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Union; in: WSI Mitteilungen 51, 845-854
- Clarke, Simon (1999): The Formation of a Labour Market in Russia. Cheltenham
- Con_sens. Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH (2002): Arbeitsmarktpolitik in Japan. Hamburg
- Delhey, Jan (2002): Korruption in Bewerberländern zur Europäischen Union. Institutionenqualität und Korruption in vergleichender Perspektive; in: Soziale Welt 53, 345-366
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge
- Europäische Kommission (1999): Beschäftigungspolitiken in der EU und in den Mitgliedsstaaten. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg
- Fassmann, Heinz, Peter Meusbürger (1997): Arbeitsmarktgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext. Stuttgart
- Gerber, Theodore P., Michael Hout (1998): More Shock Than Therapy: Employment and Income in Russia, 1991-1995; in: American Journal of Sociology 104, 1-50
- Gerber, Theodore P. (2002): Structural Change and Post-Socialist Stratification: Labor Market Transitions in Contemporary Russia; in: American Sociological Review 67, 629-659
- Haller, Max (1989): Klassenstrukturen und Mobilität in fortgeschrittenen Gesellschaften. Eine vergleichende Analyse der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. Frankfurt/New York
- Haller, Max (1997): Klassenstruktur und Arbeitslosigkeit – Die Entwicklung zwischen 1960 und 1990; in: Stefan Hradil/ Stefan Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, 377-428
- Haller, Max, Markus Hadler (2002): Wer hat von den politischen Reformen der 90er Jahre profitiert? Modernisierungsgewinner und -verlierer in Ost- und Westeuropa und den USA; in: Europäische Rundschau 30, 115-127
- Haller, Max, Franz Höllinger, Martin Gomilshak (1999): Attitudes towards gender roles in international comparison. New findings from twenty countries; in: Rudolf Richter, Sylvia Supper (Hg.): New Qualities in the Lifecourse. Würzburg, 131-152

- Haller, Max, Franz Höllinger, Otto Raubal (1990): Leviathan or Welfare State? The Role of Government in Six Advanced Western Nations; in: J.W. Becker u.a. (Hg.): Attitudes to Inequality and the Role of Government. Sociaal en Cultureel Planbureau, Rijswijk, 33-62
- Haller, Max u.a. (1985): Patterns of Career Mobility and Structural Positions in Advanced Capitalist Societies. A. Comparison of Men in Austria, France and the United States; in: American Sociological Review 50, 579-603
- Haller, Max, Bogdan Mach, Heinrich Zwicky (1995): Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleiches; in: Hans-Peter Müller, Bernd Wegener (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen, 221-264
- Haller, Max, Walter Müller (Hg.) (1983): Beschäftigungssysteme im gesellschaftlichen Wandel. Frankfurt/New York
- Heidenreich, Martin (2000): Beschäftigungsordnungen in Europa. Bamberger Beiträge zur Europafor- schung und zur internationalen Politik Nr. 4/2000
- Heismann, Günter (1999): Die entfesselte Ökonomie. Ein Standort-Report. Berlin
- Höllinger, Franz (1996): Volksreligion und Herrschaftskirche. Die Wurzeln religiösen Verhaltens in westlichen Gesellschaften. Opladen
- ILO – International Labour Office (2000): World Labour Report 2000. Income security and protection in a changing world. ILO Genf
- Jochem, Sven (1999): „Vollbeschäftigungswunder“ im Vergleich; in: Klaus Günter Schmidt (Hg.): Europa ohne Arbeit? Arbeitslosigkeit, Beschäftigungspolitik, Integrationsprojekte. Opladen
- Karl, Astrid, Carsten G. Ullrich, Ulrike Wössner (1998): Akzeptanz und Akzeptabilität wohlfahrtsstaat- licher Institutionen. Überlegungen zu systembedingten Akzeptanz von Leistungssystemen bei Arbeitslosigkeit; in: Zeitschrift für Soziologie 27, 454-469
- Lane, David (1990): Soviet Society Under Perestroika. Boston u.a.
- Lessenich, Stephan, Ilona Ostner (Hg.) (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt/ New York
- Lewada, Juri (1992): Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls. Berlin
- Manow, Philip (2002): The Good, the Bad, and the Ugly. Esping-Andersens Sozialstaats-Typologie und die konfessionellen Wurzeln des modernen Wohlfahrtsstaats; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, 203-225
- Meidner, Rudolf, Anne Hedborg (1985): Modell Schweden: Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt/New York
- Mesch, Michael (1999): Vom Wettbewerbskorporatismus zur transnationalen Koordination der Lohn- politik in der EU? (Teil 1); in: Wirtschaft und Gesellschaft 25, 387-422
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/New York
- Reßler, Regina (2002): Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Lei- stungen. Mikro- und makrosoziale Determinanten; in: Wirtschaft und Gesellschaft 28, 201-228
- Scharpf, Fritz (1986): Strukturen der post-industriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massen- arbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informationsökonomie? in: Soziale Welt 37, 2-24
- Schmid, Josef (2002): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. Opladen
- Schmidt, Christoph M. u.a. (2001): Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik. Internationaler Vergleich und Empfehlungen für Deutschland. Berlin u.a.
- Schmidt, Manfred G. (1982): Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Frankfurt/New York
- Talos, Emmerich (1994): Sozialstaat im Spannungsfeld ökonomischer und politischer Interessen; in: Günther Chaloupek, Bruno Rossmann (Hg.): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Reihe Wirt- schaftswissenschaftliche Tagung der AK Wien
- Therborn, Göran (1985): Arbeitslosigkeit. Strategien und Politikansätze in den OECD-Ländern. Hamburg

- Troeltsch, Ernst (1977): Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen. Aalen. (Nachdruck der Ausgabe Tübingen 1922)
- Van Suntum, Ulrich, Dirk Schlotböller (2002): Internationaler Beschäftigungsvergleich – welche Strategien sind erfolgreich?; in: HWWA-Wirtschaftsdienst 82, 528-533
- Vecernik, Jiri, Andreas Wörgötter (1999): Arbeitsmarktpolitik in Ost-Mitteleuropa; in: Wirtschaft und Gesellschaft 25, 497-508
- Von Beyme, Klaus (1975): Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern. München
- Von Beyme, Klaus (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/Main
- Von Nell-Breuning, Oswald (1983): Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente. Wien/München/Zürich
- Werner, Heinz (1999): Vom Sorgenkind Europas zum keltischen Tiger. Die Erfolgsgeschichte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Irland; in: IAB Kurzbericht, Ausgabe 16/18.11.1999
- Winkler-Büttner, Diana (1997): Unterschiedliche Arbeitsmarktregulierung in Europa; in: HWWA Wirtschaftsdienst 77, 354-358

Anschriften der Verfasser:

Univ. Prof. Dr. Max Haller
Institut für Soziologie
Karl-Franzens-Universität Graz
Universitätsstr. 15/G4
A-8010 Graz

Dr. Franz Heschl
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark
Hans-Resel-Gasse 8-14
A-8020 Graz

Schlagwörter: Arbeitsmarkt, international, Sozialpolitik, Soziologie, Strukturwandel